

Verkehrsausschuß

Protokoll

40. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Jaax (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Ruhrgebietstunnel

1

Herr Beimann von der Ruhrkohle AG berichtet über das Entstehen des Projektes, Herr Dr. Ambrosius von Waning Consult erläutert es mit Hilfe eines Tageslichtprojektors. Minister Kniola stellt anschließend seinen Gegenvorschlag vor.

Daran schließt sich eine Diskussion an.

2 Aktuelle Viertelstunde zu dem Thema

14

Bahnstrukturreform

Auf Antrag der Fraktion der SPD

Diskussion mit Minister Kniola.

**3 Auswirkungen der Änderungen des LEP III auf die Flughäfen
Köln/Bonn und Münster/Osnabrück**

18

Der Ausschuß diskutiert aufgrund eines von Frau Thomann-Stahl (F.D.P.) eingebrachten Antrags (Anlage 1) mit Minister Kniola und MR Rembierz (MURL).

Er kommt überein, den Antrag in veränderter Fassung in der Ausschußsitzung im Januar 1994 erneut zu behandeln.

**4 Auswirkungen der Haushaltssperre auf den Verkehrsetat 1993 und
1994**

22

Minister Kniola erstattet kurz Bericht.

5 Abschluß der Haushaltsberatungen**a) Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)**

Einzelplan 15 - Bereich Verkehr

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5900

Vorlagen 11/2376, 11/2386, 11/2476

b) Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1994 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1994

§§ 29, 30, 38 Abs. 3, 39 Abs. 4 und 5, 41 und 42 des Artikels I

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5902

23

Der Ausschuß diskutiert kurz über die von den Fraktionen gestellten Änderungsanträge.

(Inhalt der Änderungsanträge und Ergebnisse der Abstimmungen siehe Vorlage 11/2640 bzw. Drucksache 11/6415 und Vorlage 11/2644 bzw. Drucksache 11/6417)

6 Änderung der Richtlinie "Fahrzeugförderung ÖPNV NRW" vom 27.01.1993

Vorlage 11/2567
Antrag der Fraktion der F.D.P. (Anlage 2)

24

Nach kurzer Diskussion mit Minister Kniola wird der Antrag, nachdem Abgeordneter Aigner (SPD) darum gebeten hat, ihn zurückzustellen, bis das PBefG novelliert ist, mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreterin der F.D.P. und der CDU abgelehnt.

Damit ist das Benehmen hergestellt.

7 Auswirkungen der Richtlinie der EG-Kommission zum Bereich der Bodenverkehrsdienstabfertigung auf Flughäfen -

Minister Kniola teilt mit, daß diese Richtlinie noch nicht einmal im Entwurf vorliegt, weshalb er keine Veranlassung sehe, auf diesem Gebiet tätig zu werden.

- kein Diskussionsprotokoll -

8 Verschiedenes -

Abgeordneter Hemmer (SPD) teilt mit, daß seine Fraktion zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Güterverkehrszentren in der Ausschußsitzung im Januar 1994 eine öffentliche Anhörung beantragen wird. Die Sprecher der Fraktionen sollten sich schon vorab auf einen Termin, den Fragenkatalog und den Kreis der einzuladenden Sachverständigen einigen.

Nächste Sitzung: 13. Januar 1994

* * *

5 Abschluß der Haushaltsberatungen

- a) **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)**

Einzelplan 15 - Bereich Verkehr

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900
Vorlagen 11/2376, 11/2386, 11/2476

- b) **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1994 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1994**

§§ 29, 30, 38 Abs. 3, 39 Abs. 4 und 5, 41 und 42 des Artikels I

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5902

Abgeordneter Hemmer (SPD) begründet kurz die Ablehnung seiner Fraktion der Änderungsanträge der CDU-, der GRÜNEN- und der F.D.P.-Fraktion und bittet um Zustimmung zu dem SPD-Änderungsantrag, wonach aus Kapitel 15 500 Titel 883 17 bis zu 3,5 Millionen DM für gutachterliche Planungen und Untersuchungen, für Maßnahmen zur Vernetzung der Verkehrsmittel und für Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs im vorhandenen Straßennetz eingesetzt werden sollten.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) geht kurz auf die Änderungsanträge ihrer Fraktion ein und hält der SPD-Fraktion zum Thema Ortsumgehungen entgegen, sie halte diese zwar vielfach für notwendig, zustimmen werde sie solchen Maßnahmen aber so lange nicht, bis sich der Ausschuß mit den Standards auseinandergesetzt habe. Dies werde aufgrund der knappen Kassen vermutlich zwangsläufig bald der Fall sein.

Abgeordneter Dreyer (CDU) kündigt zunächst die Zustimmung seiner Fraktion zum SPD-Änderungsantrag und die Ablehnung der GRÜNEN-Änderungsanträge sowie des

gesamten Verkehrshaushaltes an. Er äußert seine Enttäuschung darüber, daß die SPD-Ausschußmitglieder die in der Generaldebatte zum Haushalt erwähnten Änderungen in der Gesamtfraktion nicht hätten durchsetzen können, merkt an, daß die CDU-Fraktion zum Thema Reduzierung der Beihilfe keinen Antrag habe stellen können, da sie ihn nicht habe beziffern können, und hält Frau Thomann-Stahl entgegen, daß man ganz so weit wie in ihrem Antrag gegen den VRR nicht gehen dürfe.

Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) erinnert an das Gespräch des Ausschusses mit Herrn Röken von der VRR-Geschäftsführung und äußert die Auffassung, daß es Aufgabe der Landesregierung sei, in Sachen VRR einen Krisenstab zu bilden, der in Zusammenarbeit mit den betreffenden Unternehmen der weiteren Verschleuderung von Hunderten von Millionen Steuergeldern Einhalt gebiete.

Zum **GFG 1994** merkt **Abgeordneter Dreyer (CDU)** an, seine Fraktion stimme den genannten Paragraphen zu, in der Gesamtabstimmung lehne sie den Gesetzentwurf aber ab, seit den Kommunen ihr Anteil am Kfz-Steueraufkommen genommen worden sei.

6 Änderung der Richtlinie "Fahrzeugförderung ÖPNV NRW" vom 27.01.1993

Vorlage 11/2567

Antrag der Fraktion der F.D.P. (Anlage 2)

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola legt dar, er habe dem Ausschuß die Richtlinie vorgelegt, da verabredungsgemäß der Bahnbus einbezogen worden sei. Der Antrag Frau Thomann-Stahls sei sicher berechtigt, wenn das Personenbeförderungsgesetz novelliert worden sei. Da dies aber noch nicht der Fall sei, hielte er es für vorseilenden Gehorsam, die Richtlinie bereits im Vorfeld der EG-Verordnung anzupassen.